

Konkrete Vorschläge fehlen

Bußjäger zieht ernüchterndes Fazit zur Subsidiaritätsarbeitsgruppe der EU.

BREGENZ Subsidiarität ist einer der Grundpfeiler der EU. Das Thema ist allgegenwärtig: Das Subsidiaritätsprinzip ist in den EU-Verträgen verankert, zudem setzte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe (Task-Force genannt) dazu ein. Bundes- wie Landespolitiker fordern mehr Subsidiarität, in Bregenz beginnt heute um 14 Uhr eine zweitägige Subsidiaritätskonferenz der EU. Subsidiarität ist wichtig; aber was bedeutet das eigentlich?

Zuerst die Familie

Das Prinzip der Subsidiarität geht von einer Rangordnung der Ebenen aus, wobei die obere Ebene immer nachrangig ist. Familien und Gemeinden haben Vorrang. Erst wenn auf dieser Ebene ein Thema nicht zufriedenstellend geregelt werden kann, kommt die höhere Ebene ins Spiel: Bezirke, Länder, Staaten, die EU. Die Task-Force hat kürzlich ihren Bericht vorgelegt. Verwaltungsjurist und Föderalismusexperte Peter Bußjäger hat ihn angesehen. Sein Fazit fällt ernüchternd aus.

Bußjäger vermisst etwas Wesentliches: „Es ist bereits bezeichnend,

dass die hochkarätig zusammengesetzte Task-Force keinen einzigen Vorschlag erarbeitet hat, der eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Mitgliedsstaaten beinhaltet“, schreibt er in einem Artikel für die österreichische Gesellschaft für Europapolitik. Im Gespräch mit den VN führt er die Gründe aus:



„Niemand möchte eine **wirkliche Subsidiaritätsdiskussion** führen.“

Peter Bußjäger
Föderalismusexperte

„Niemand möchte eine wirkliche Subsidiaritätsdiskussion führen. Auch bei der Task-Force ging es nicht darum, darüber zu sprechen, welche Themen die Union wahrnehmen möchte und welche nicht. Es wurden lediglich Abläufe behandelt.“ Sie widmete sich zum Beispiel der Frage, wer eine Subsidiaritätsprüfung einleiten kann.

Positiv sieht Bußjäger den Ansatz, sich der Frage zu widmen, wie detailliert ein Thema auf EU-Ebene

geregelt werden muss. Dem Lob folgt die Kritik: „Die Task-Force konnte kein einziges Beispiel nennen, dessen Regelungsintensität zurückzunehmen wäre.“ Bußjäger fährt fort: „Es ist ähnlich wie in Österreich. Es gibt niemanden, der sich ernsthaft mit der Frage beschäftigt, wie der Föderalismus ausgestaltet ist.“ Österreich sei aber einer der wenigen Staaten, die ihre Bundesländer in EU-Fragen einbeziehen.

Erschwerend komme hinzu, dass die EU-Mitgliedsländer unterschiedliche Vorstellungen von Subsidiarität hätten. „Österreich, Deutschland, Belgien, Spanien und Italien verfügen über Regionen mit eigener Gesetzgebungskompetenz. Die anderen Staaten sind weitgehend zentralistisch strukturiert“, erläutert Bußjäger. Weshalb sollten Luxemburg, Malta oder Zypern also Länder und Regionen stärken wollen? Seine Erwartungen an die Subsidiaritätskonferenz sind deshalb gedämpft. „Vielleicht schafft man eine Verbesserung der Abläufe und bespricht die Freiräume, die man bei einer Richtlinie den Staaten lassen kann. Groß über die Rückverlagerung von Kompetenzen wird man aber nicht nachdenken.“

MICHAEL PROCK
michael.prock@vn.at
05572 501-633